

Antrag  
des  
**Gesundheits-Ausschusses**

über den Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Schmidl betreffend  
psychologische Beratungsleistungen an Niederösterreichs Schulen sicherstellen

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Die NÖ Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern, dass die durch die Aufstockung gewonnenen Personalressourcen der Schulpsychologinnen und Schulpsychologen in Niederösterreich dauerhaft erhalten bleiben und gegebenenfalls bei sich abzeichnendem Bedarf erforderliche Aufstockungen vorgenommen werden.
2. Durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO 2001 wird der Antrag Ltg.-2339/A-3/762-2022 miterledigt.“

Aigner  
Berichterstatterin

Mag. Scheele  
Obfrau